

Julika Bürgin

## Die Bedeutung der politischen Bildung für den Erhalt und Entwicklung der Demokratie

*Vortragsmanuskript zur Tagung „Politisches Bewußtsein – jetzt! Wieviel politische Bildung braucht die Demokratie?“ des DGB-Bildungswerks Hessen e.V. und Weiterbildung Hessen e.V. am 23. Mai 2017 in Frankfurt am Main*

---

Ich freue mich sehr über die Einladung zu dieser wichtigen Tagung.

Es wird wieder viel über politische Bildung gesprochen – wieder, weil es nicht neu ist, sich immer dann an die politische Bildungsarbeit zu erinnern, wenn es in der Demokratie knirscht. Die letzte Konjunktur begann vor knapp zwei Jahrzehnten, als der Staat sich als globaler Player neu aufstellte und rechte Bewegungen als Problem erkannt wurden. Landes- und Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus (später auch gegen Linksextremismus) und für Demokratie wurden aufgelegt. Der politischen Bildungsarbeit wurde darin eine wichtige Funktion zugesprochen.

Die insgesamt schwache Stellung der außerschulischen politischen Bildungsarbeit hat sich seitdem nicht geändert – schwach im Vergleich zu anderen Bereichen der außerschulischen Bildung, etwa der beruflichen Bildung und schwach im Vergleich zur schulischen politischen Bildung. Allerdings hat sich die politische Situation geändert: Wir haben heute nicht mehr nur mit gefährlichen antidemokratischen Minderheiten zu tun, sondern mit realistischen Macht- und Mehrheitsansprüchen rechtsautoritärer politischer Bewegungen in den europäischen und westlichen Staaten.

Niemand weiß, was sich daraus noch entwickeln könnte und wir wissen nicht, ob wir die pessimistischsten Szenarien ausschließen können – bis hin zu sozial-ökologisch-militärischen Zuspitzungen im internationalen Maßstab. Wir erleben schon heute, wie die Krisen autoritär beantwortet werden – nicht nur von autoritären Regimes, sondern mit Zutun liberal-demokratischer Staaten, die Grenzen und Ressourcen autoritär sichern lassen (wobei die im deutschen Inland produzierten Waffen zum Einsatz kommen). Wir stehen bereits heute dem Autoritären nicht gegenüber, sondern tragen es mit uns und in uns (jeder Blick auf unser Smartphone kann uns daran erinnern und die Aussagen bestätigen die Regel).



FfM Hbf Gleis 24  
September 2015

## Imperiale Lebensweise

Für unsere liberale Lebensweise haben wir das Autoritäre exterritorialisiert – ebenso wie die gravierendsten sozialen Folgekosten. Ulrich Brand und Markus Wissen nehmen dies mit dem Begriff der „Imperialen Lebensweise“ in den Blick. Die imperiale Lebensweise, so argumentieren die Autoren, beruht darauf, „sich weltweit Natur und Arbeitskraft zunutze zu machen und die dabei anfallenden sozialen und ökologischen Kosten zu externalisieren“ (2017, S. 12) Brand und Wissen sehen die gegenwärtigen Krisen und Konflikte auch als Ausdruck davon, dass die imperiale Lebensweise im Begriff ist „sich zu Tode zu siegen“ (ebd., S. 14). Denn sie setzt ja voraus, dass Andere bereit sind, auf ihren proportionalen Anteil an Ressourcen zu verzichten.

„Die imperiale Lebensweise beruht auf Exklusivität, sie kann sich nur so lange erhalten, wie sie über ein Außen verfügt, auf das sie ihre Kosten verlagern kann. Dieses Außen schwindet jedoch, denn immer mehr Ökonomien greifen darauf zu, und immer weniger Menschen sind bereit oder in der Lage, die Kosten von Externalisierungsprozessen zu tragen.“ (ebd., S. 15)

Eine Stabilisierung dieser Lebensweise ist nur durch Abschottung und Ausgrenzung möglich.

Die autoritären und nationalistischen Bewegungen inszenieren sich in der Krise als „konsequente Garanten jener Exklusivität (...), die im Normalbetrieb der imperialen Lebensweise immer schon angelegt ist“ (ebd., S. 15). Sie können sich nur deshalb als Garanten inszenieren, weil das Versprechen der imperialen Lebensweise für viele unerreichbar ist (ebd., S. 60). Wir wissen, dass autoritäre Bewegungen keine Bewegungen der Ausgeschlossenen sind; sie sind ein Sprachrohr derer, die aus der nationalen Zugehörigkeit Ansprüche ableiten und diese erheben.

Ich habe einen kurzen Blick auf die *sozio-ökonomisch-globale Seite* der gegenwärtigen Prozesse geworfen, in der wir nach der Bedeutung der politischen Bildung fragen. Ich werde nun die *politisch-demokratischen Verhältnisse* betrachten und dazu die These der „Postdemokratie“ diskutieren.

## Postdemokratie

Der Begriff Postdemokratie wurde durch den französischen Philosophen Jaques Rancière in den 1990er Jahren geprägt und durch den britischen Politikwissenschaftler Colin Crouch etwas später verbreitet. Der Begriff verweist – bei allen Differenzen – auf eine Situation, in der die demokratischen Institutionen intakt sind, aber im Namen der Demokratie demokratisches Handeln ausgelöscht wird. In der „Demokratie nach dem Demos“ entscheiden Regierungen und Experten. Erscheinung und Streit des Volkes sind liquidiert (Rancière 2002, S. 111). „Die bestimmende Politik wird in transnationalen Governance-Netzwerken zwischen einigen wenigen nationalen Finanzministerien und Nationalbanken sowie EZB, IWF, EU-Kommission, Repräsentanten der Finanzmarktindustrie und Ratingagenturen ausgehandelt und festgelegt“ (Demirović 2013, S. 197).

Die These der Postdemokratie analysiert die demokratischen Folgen von ökonomischen und politischen Prozessen, die auch unter den Begriffen Neoliberalismus oder Postfordismus diskutiert wurden und werden. Mit Colin Crouch können wir sehen, wie das „globale Unternehmen“ zur „Schlüsselinstitution der postdemokratischen Welt“ wird (2008, S. 45ff.). Mit Jaques Rancière können wir erkennen, dass da, *wo* politisch entschieden wird, die Stimmen Vieler unvernommen sind. Mit „Unvernehmen“ bezeichnet Rancière, dass in der herrschenden Ordnung die Worte der

einen als Rede vernommen werden und die der anderen als „Lärm“ nicht vernommen. Diese haben keinen Anteil am öffentlichen Sprechen und Entscheiden. Wir können kurz darüber nachdenken, welche Gruppen in der Gesellschaft welchen Anteil am öffentlichen Sprechen und Entscheiden haben.

Die Leipziger „Mitte-Studie“, die seit 2002 rechtsextreme und autoritäre Einstellungen in Deutschland untersucht, fragt auch danach, wie Menschen ihren Einfluss auf Politik bewerten. In der repräsentativen Befragung im Jahr 2016 stimmen fast drei Viertel der Befragten der Aussage zu, dass „Leute wie ich sowieso keinen Einfluss darauf haben, was die Regierung tut“. Sechs von zehn Befragten halten es für „sinnlos, sich politisch zu engagieren“ (Decker u. a. 2016, S. 54).

**Tabelle 12:** Soziale und politische Deprivation – Zustimmung auf Item-Ebene (in %)

Deprivation	trifft überhaupt nicht zu	trifft eher nicht zu	trifft eher zu	trifft voll und ganz zu
Leute wie ich haben sowieso keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut.	7,2	20,1	38,6	34,1
Ich halte es für sinnlos, mich politisch zu engagieren.	13,0	27,0	33,6	26,4

Tabelle: „Mitte“-Studie 2016 (Decker u. a. 2016, S. 54)

Wir haben uns daran gewöhnt, dass die Unvernommenen im Regelfall schweigen. Die niedrigen Wahlbeteiligungen in Gebieten mit hoher Armut repräsentieren dies seit langem. Aber die Unvernommenen schweigen nicht immer.

Die rechtsautoritären Bewegungen und Parteien sind nicht nur Bewegungen derer, die nicht vernommen wurden – dies gilt insbesondere nicht für ihre Führungsfiguren. Aber sie wären ohne tiefgreifende Unzufriedenheit nicht denkbar. Hier artikulieren sich die Unzufriedenen, die sich anspruchsberechtigt sehen. Hierzu gehören dann zum Beispiel auch passive Gewerkschaftsmitglieder, gerade unter den Facharbeitern, wie wir seit einer großen Studie an der Freien Universität Berlin wissen (Fichter u. a. 2004). Ebenso wie Mitglieder in Kirchen tendieren sie etwas mehr als der Durchschnitt der Bevölkerung zu rechten Einstellungen, wie die Mitte-Studie nochmals ermittelt hat.

Die derzeitigen Debatten über Demokratie sind eng auf das Bestehende begrenzt – darauf, wie die Bedrohung demokratischer Errungenschaften abgewendet werden kann. Die Vorstellungskraft demokratischer Entwicklung ist gebremst, fast gelähmt. Um konkrete Initiativen wie die nach „mehr Demokratie“ ist es ruhig geworden. Wir erleben vielmehr gravierende Einschnitte in demokratische Errungenschaften, gegen die sich kaum noch Protest rührt: seien es schwerwiegende Rechtsbeschränkungen bei Geflüchteten oder der gläserne Patient. Die Demonstrationen gegen das Freihandelsabkommen TTIP waren eine bemerkenswerte Ausnahme.

In Griechenland wollte der Demos Politik gegen Ökonomie durchsetzen – es ist nicht gelungen. Nicht nur wurde ein fataler Sparkurs auferlegt, sondern auch die Souveränität von Parlamenten und demokratischen Volksabstimmungen durch eine verselbständigte europäische Exekutivgewalt drastisch beschränkt, maßgeblich betrieben durch die deutsche Regierung. Das Signal ist

versendet und angekommen: Demokratie findet seine Grenze in ökonomischen Imperativen. Bundeskanzlerin Merkel nennt es so: Wir werden „Wege finden, wie die parlamentarische Mitbestimmung so gestaltet wird, dass sie trotzdem auch marktkonform ist.“<sup>1</sup>

Die Situation ist unübersichtlich: Im Angesicht der autoritären Bewegungen gibt es einen Konsens über die Krise der Demokratie, aber keinen Konsens, worin diese besteht. Im vorherrschenden Diskurs soll die Demokratie verteidigt werden, aber ohne die Prozesse ihrer Aushöhlung zu benennen, zu analysieren und Konsequenzen daraus zu ziehen. In einer neuen Broschüre der Bundeszentrale für Politische Bildung zum Thema Demokratie wehrt der Haupt-Autor Hans Vorländer Kritik ab: „Es ist zweifellos sinnvoll, sich der Gefährdungen und Herausforderungen der gegenwärtigen Demokratie bewusst zu sein. Doch sollten die Maßstäbe der Kritik nicht so weit verschoben werden, dass die Demokratie viel zu hohen normativen Erwartungen ausgesetzt wird und ihr deshalb in einer Krise kaum noch Chancen gegeben werden – wie das beispielsweise in der Rede von der ‚Postdemokratie‘, der ‚simulativen Demokratie‘ und anderen Krisendiagnosen der Fall ist.“ (Vorländer 2017, S. 80)

Gegen eine derartige Begrenzung und Diffamierung von Kritik wende ich ein, dass nur eine scharfe Kritik der gegenwärtigen Situation der Demokratie eine Chance gibt. Fatalistisch sind diejenigen, die die Verhältnisse für unveränderbar halten. In der Kritik zeigt sich ja gerade, dass es auch anders geht. Crouch hebt die „Augenblicke“ der Demokratie hervor, Rancière die Ereignisse des „Einspruchs“. Oskar Negt plädiert für „Demokratie als Lebensform“ (2010) – und damit gegen ein verkürztes Verständnis von Demokratie als Regierungsform. Bettina Lösch und Margit Rodrian-Pfennig (2014) benennen mit Blick auf eine kritische Demokratiebildung die „Kämpfe um Demokratisierung“. Es gibt Utopien einer radikalen Demokratie, wie sie etwa der Philosoph und Soziologie Alex Demirović skizziert:

„Alle haben das gleiche Recht, die Koordinaten des gesellschaftlichen Zusammenlebens festzulegen. Sie alle entscheiden dann mit gleicher Stimme über die Anordnung, den Zuschnitt, die räumliche und zeitliche, sachliche und soziale Reichweite von demokratischen Praktiken der kollektiven Koordination, Verfahren und Entscheidungen. Dies setzt einen demokratisch getragenen, umfassenden Transformationsprozess in Gang, der sich nicht auf Politik, die Gestalt des Volkssouveräns und den Nationalstaat beschränkt, sondern perspektivisch alle Bereiche des Zusammenlebens einbezieht. Gleichheit im radikaldemokratischen Sinn verstanden ermöglicht die demokratische Selbstbestimmung durch die Freiheit aller und damit eine Neuvermessung des Raums des Sozialen selbst.“ (Demirović 2013, S. 214)

## Politische Bildung als politisches Handeln

Unter dem Einfluss der schulischen Politikdidaktik hat die politische Bildungsarbeit sich in weiten Bereichen von der politischen Praxis distanziert. Dies war nicht immer so: Als Re-Education war politische Bildung einst sehr eng auf die demokratische Praxis bezogen und selbst schulische Lehrpläne orientierten in Hessen in den 1970er Jahre auf Handeln für Emanzipation. Einige außerschulische Bildungsträger wie die Gewerkschaften verstehen ihre Bildungsarbeit als Beitrag

---

<sup>1</sup> Das Zitat im Kontext kann hier nachgelesen werden: <https://www.blaetter.de/aktuell/dokumente/%c2%bbwir-werden-wege-finden-die-parlamentarische-mitbestimmung-so-zu-gestalten-dass-sj> [22.06.2017]

zu politischem Handeln. Es ist auch möglich, die Verbindung zwischen politischer Bildung und politischem Handeln grundsätzlich sehr eng zu sehen. So argumentiert Benedikt Sturzenhecker, Erziehungswissenschaftler mit Schwerpunkt Sozialpädagogik:

„Politische Bildung verstehe ich als politisches Handeln. Damit geht es zunächst nicht um politische Aufklärung oder Wissensvermittlung; diese Handlungsweisen sollten den Inhalten und Prozessen exemplarischen politischen Handelns folgen und nicht theoretisch von solchen abgekoppelt geschehen. Politisches Handeln verstehe ich als Handeln, in dem Akteure ihre Interessen in einem Gemeinwesen (in einer pädagogischen Einrichtung, einem Stadtteil, einer Kommune, einer Gesellschaft) öffentlich einbringen, einfordern, diskutieren und in einem demokratischen Entscheidungsprozess bearbeiten.“ (Sturzenhecker 2007, S. 9)

Wir können so das Handeln in einer pädagogischen Einrichtung – z. B. die Praxis in einem Seminar oder im Klassenzimmer – als politisches Handeln verstehen, wenn hier Interessen eingebracht und bearbeitet werden; als politisches Handeln, in dem politische Bildung stattfindet.

Deshalb rücken in den Diskursen über Demokratiebildung in der Jugendarbeit auch die Prozesse in den pädagogischen Institutionen derzeit stärker ins Blickfeld (sei es in der Offenen Jugendarbeit oder in der Jugendverbandsarbeit). Wie die Einzelnen ihre Interessen einfordern und bearbeiten können, ist indes nicht nur für die Felder der Jugendarbeit relevant

Aber was ist dann Bildung?

Zunächst sollten wir uns vergegenwärtigen, dass Menschen sich nicht nur in denjenigen Prozessen bilden, die als „Bildungsprozesse“ ausgewiesen sind. Ganz grundlegend bedeutet Bildung die Aneignung von Welt. Schon Pestalozzi hat dabei auf das Wechselverhältnis von Selbst- und Weltveränderung hingewiesen, denn im Prozess dieser Aneignung verändern sich die Menschen nicht nur selbst, sondern sie verändern auch die Welt. In diesem Sinne kommen Bildungsprozesse ganz ohne pädagogische Institutionen aus (die menschheitsgeschichtlich auch vergleichsweise neu sind).

Menschen bilden sich am Sozialen und sie bilden das Soziale (May/Kunstreich 1999). Wenn Bildung als notwendig für die Entwicklung der Demokratie erachtet wird, dann ist es also wichtig, auf das ganze Spektrum der sozialen Erfahrungen zu schauen, die Menschen machen: Lebenswelt, Arbeit, Verbände, Quartier u.s.w. Was kann die Demokratiebildung einer Organisation gegen die Erfahrung ausrichten, dass die eigene Stimme in dieser Organisation nichts zählt?

Menschen bilden sich mit ihren Erfahrungen. Etwa in einem Streik, in dem Menschen erfahren, dass ihre Stimme (mit denen der anderen) nicht nur gehört wird, sondern dass über ihre Forderung verhandelt werden muss. Die Erfahrungen bedürfen der Interpretation und werfen neue Fragen auf: Wie kommt die Forderung zu Stande? Wessen Belange gelten? Aber auch: Wer ist schuld, dass die Forderung nicht durchgesetzt werden konnte?

Bildungsarbeit ist angelagert an die Praxis und muss doch gerade ihre Distanz zur Praxis wahren, um diese reflektieren zu können. Insofern ersetzt der Streik das Seminar gerade nicht. Wir lernen immer etwas in den sozialen Praktiken, aber wir bilden uns nicht automatisch. Wir können uns auch die Sicht auf die Welt verstellen, statt sie uns anzueignen. Bildung erfordert – auch – Kontextwissen und Reflexion und deshalb Räume und Ressourcen dafür.

## Das Politische der Bildung

Was ist politische Bildung? Ein Fachgebiet oder eine Querschnittsaufgabe?

Es besteht Einvernehmen, dass der Gegenstand politischer Bildung über ‚die Politik‘ hinaus reicht. Hier soll die Perspektive nochmals erweitert werden, indem wir die politische Bildungsarbeit nicht als ein bereits existierendes und abgrenzbares Gebiet verstehen, sondern es vom „Politischen“ her aufrollen.

Der 2016 verstorbene Erwachsenenbildungswissenschaftler Peter Faulstich war stets skeptisch gegenüber einer Abgrenzung der politischen Bildung(sarbeit). Sein Ausgangspunkt war die Gesellschaftlichkeit der Menschen, die unter bestimmten Verhältnissen aufwachsen, in diese eingebunden sind, sie aber auch verändern können:

„Das Politische in der Bildung bedeutete dann, sich der eigenen Interessen bewusst zu werden und Handlungsmöglichkeiten zu ergreifen sowie diese im Konflikt und gegen illegitime Herrschaft durchzusetzen.“ (Faulstich 2016, S. 56)

Das Politische liegt also potentiell überall in Bildungsprozessen: In allen Themen und in allen Fachgebieten – immer da, wo eigene Interessen betroffen sind. Ob es sich um Teilnehmende einer Qualifizierungsmaßnahme der Arbeitsagentur handelt oder einer Jugendfreizeit.

Die Skulptur Lampedusa wurde von straffällig gewordenen Jugendlichen in der Bildhauerwerkstatt Gallus in Frankfurt am Main geschaffen. Sie setzten sich gemeinsam mit einem Künstler mit dem Sterben im Mittelmeer auseinander und sie setzten ein Zeichen dagegen. Die Jugendlichen mussten lernen, mit schwerem Gerät am sperrigem Material zu arbeiten – und an sich selbst.



Die soziale Arbeit mit straffällig gewordenen Jugendlichen zählt nicht nur Rubrik der politischen Bildungsarbeit. Sie zählt noch nicht einmal zur Bildungsarbeit.

Was benötigen pädagogische Mitarbeiter\_innen, um Jugendlichen Raum zu geben, sich mit Metall, Holz und Werkzeugen mit der europäischen Flüchtlingspolitik auseinanderzusetzen? Was brauchen sie, um Reflexionsmöglichkeiten darüber zu geben, warum Menschen über das Mittelmeer fliehen, warum es keine Fährverbindung von Tripolis bis Genua mit Zuganschluss nach Frankfurt am Main gibt?

Alle hier im Raum, die mit der Praxis politischer Bildungsarbeit zu tun haben, wissen, wie voraussetzungsvoll derartige Prozesse sind: pädagogisch, aber auch politisch. Dass eine Einrichtung der Jugendhilfe derartiges vermag, liegt einzig am Engagement der Einrichtung und ist kein Ergebnis systematischer Erwägungen in Professionsentwicklung und Hochschullehre Sozialer Arbeit.

## Ausblick

Der Bahnsteig 24 am Frankfurter Hauptbahnhof ist längst wieder in den Normalzustand versetzt. Hier werden keine Geflüchteten mehr Willkommen geheißen. Sie ertrinken wieder im Mittelmeer oder bleiben in Erdogans Flüchtlingsgefängnis stecken, das die deutsche Bundesregierung ausgehandelt hat.

Auch andere Bilder wären hier denkbar gewesen: z. B. von armen Familien, die gesellschaftlich nicht mehr teilhaben können, oder von Rentnern, die aus der Stadt wegziehen müssen, weil sie sich die Miete nicht mehr leisten können.



Der Beutelsbacher Konsens, das ‚Grundgesetz‘ der schulischen Politikdidaktik, das auch in der außerschulischen politischen Bildung an Einfluss gewinnt, verbietet die Überwältigung durch politische Bildung. Das Ziel ist unstrittig, daher auch der Konsens. Aber was ist eigentlich derzeit das Überwältigende?

Meine These lautet: Überwältigend ist, die bestehenden Verhältnisse als alternativlos zu beschreiben und zu behaupten. Gegen „There is no alternative“ (Margret Thatcher) kann Bildungsarbeit das Gewordensein der Verhältnisse und die Veränderbarkeit der Verhältnisse zum Gegenstand machen. Bildungsarbeit ist dann politisch.

## Literatur

- Brand, Ulrich; Wissen, Markus (2017): Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur in Zeiten des globalen Kapitalismus. München: oekom verlag.
- Crouch, Colin (2008): Postdemokratie. Frankfurt am Main.
- Decker, Oliver; Kiess, Johannes; Eggers, Eva; Brähler, Elmar (2016): Die »Mitte«-Studie 2016: Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf. In: Elmar Brähler, Oliver Decker und Johannes Kiess (Hg.): Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland : die Leipziger "Mitte"-Studie 2016. Gießen: Psychosozial-Verlag, S. 67–94. Online verfügbar unter [https://www.boell.de/sites/default/files/buch\\_mitte\\_studie\\_uni\\_leipzig\\_2016.pdf](https://www.boell.de/sites/default/files/buch_mitte_studie_uni_leipzig_2016.pdf) [22.06.2017]
- Demirović, Alex (2013): Multiple Krise, autoritäre Demokratie und radikaldemokratische Erneuerung. In: Prokla 171, Juni 2013, S. 193-215. ([linksnet.de/de/artikel/29264](http://linksnet.de/de/artikel/29264) [10.01.2015])
- Faulstich, Peter (2016): Das Politische in der Bildung. In: Hufer, Klaus-Peter/Lange, Dirk (Hrsg.): Handbuch Politische Erwachsenenbildung. Schwalbach/Ts: Wochenschau-Verlag, S. 52-61.
- Fichter, Michael; Kreis, Joachim; Pollach, Günter; Stöss, Richard; Zeuner, Bodo (2004): Abschlussbericht zum Forschungsprojekt „Gewerkschaften und Rechtsextremismus“. Berlin: Freie Universität.
- Kunstreich, Timm; May, Michael (1999): Soziale Arbeit als Bildung des Sozialen und Bildung am Sozialen. In: Widersprüche 73, S. 35–52.

- Lösch, Bettina; Rodrian-Pfennig, Margit (2014): Kritische Demokratiebildung unter Bedingungen globaler Transformationsprozesse. In: Eis, Andreas; Salomon, David (Hrsg.): Gesellschaftliche Umbrüche gestalten. Transformationen in der politischen Bildung. Schwalbach/Ts., S. 28-57.
- Negt, Oskar (2010): Der politische Mensch. Demokratie als Lebensform. Göttingen
- Rancière, Jaques (2002): Das Unvernehmen. Politik und Philosophie. Frankfurt am Main.
- Sturzenhecker, Benedikt (2007): „Politikferne“ Jugendliche in der Kinder- und Jugendarbeit. In: APuZ 32-33/2007, S. 9-14. Online verfügbar unter <http://www.bpb.de/apuz/30308/politikferne-jugendliche-in-der-kinder-und-jugendarbeit?p=all> [22.06.2017]
- Vorländer, Hans (2017): Demokratie – in der Krise und doch die beste Herrschaftsform? In: Bundeszentrale für Politische Bildung (Hrsg.): Informationen zur politischen Bildung, Heft 332 1/2017: Demokratie, S. 72-81. Online verfügbar unter [http://www.bpb.de/system/files/dokument\\_pdf/170510\\_BP\\_B\\_667-17\\_IzPB%20332%20Demokratie\\_10\\_barrierefrei.pdf](http://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/170510_BP_B_667-17_IzPB%20332%20Demokratie_10_barrierefrei.pdf) [22.06.2017]

*Julika Bürgin ist Professorin am Fachbereich Soziale Arbeit der Hochschule Darmstadt.*